



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/175 - 2.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Gefährlicher Vorstoß in Korea	S. 1
Fr. Heine zum Saarproblem	S. 3
Genf in der NATO-Interpretation	S. 4
Bundesregierung, DRK und SPD	S. 6

Der Alarmschuss aus Seoul

r. Koch läßt sich die Tragweite der Erklärungen der südkoreanischen Regierung, die fühlte sich nicht mehr an den am 27.7.1953 abgeschlossenen Waffenstillstand gebunden, nicht voll absehen. Außer Zweifel steht aber, dass damit recht unerwartet ein neues Krisenelement die fernöstliche Situation erschwert, die zur Zeit ohnehin viel explosiver ist als die Lage in Europa.

Die Regierung in Seoul hat erklärt, "sie sei darauf vorbereitet, die Kontrolle über das kommunistisch regierte Nordkorea zu übernehmen" und sie hat gleichzeitig die neutrale Waffenstillstandskommission aufgefordert, das Land zu verlassen. Vor allem die erste Drohung mag zunächst einmal großsprecherisch wirken, aber sie ist doch auch alarmierend. Denn selbstverständlich liesse sich eine solche "Kontrollübernahme" nicht anders als durch Waffengewalt verwirklichen. In diesem Zusammenhang sollte man an die gemeinsame Erklärung der 16 UNO-Mitglieder denken, die seinerzeit in Korea den Krieg geführt haben und die sich auf den Fall eines Bruchs des Waffenstillstandes bezog. In dieser Erklärung hieß es: "Die Konsequenzen eines solchen Bruchs des Waffenstillstandes würden so schwer sein, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht möglich wäre, die Feindseligkeiten auf das Gebiet innerhalb der Grenzen Koreas zu beschränken." Natürlich begründet die eine Seite ihre drastischen Maßnahmen mit angeblich bevorstehenden entsprechenden Schritten der anderen Seite. Das war in solchen Fällen immer so und wird niemanden überzeugen. Es wäre auch von nachgeord-

ner Bedeutung, wer den Vertrag wirklich gebrochen hat, das Entscheidende bleiben die Folgen.

Sie abzuwenden, ist das oberste Gebot der Stunde. Auch aus Formosa hat man dieser Tage recht kriegerische Töne gehört, die zuletzt sogar die Form von Kanonenschüssen angenommen haben, abgegeben von nationalchinesischen Kriegsschiffen auf rotchinesische Ziele. Das von praktischen Ergebnissen begleitete "bessere Klima" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bzw. auch Rotchina, scheint die amerikanischen Satelliten im Fernen Osten, Syngman Rhee und Tschiang Kai-schek aufs äusserste zu beunruhigen, weil sie fürchten, dass sich hier eine Einigung auf ihre Kosten oder doch zu Lasten ihrer Ansprüche anbahnt. Gewiss - in jenem Waffenstillstandsabkommen von Panmunjon war im Artikel 4 bestimmt worden, dass innerhalb von 3 Monaten nach der Inkraftsetzung des Vertrages eine politische Konferenz auf höherer Ebene zusammentreten habe, auf der die Vertreter der beiden Parteien auf dem Verhandlungswege die Probleme des Rückzuges aller ausländischen Truppen aus Korea lösen und eine friedliche Regelung der koreanischen Frage herbeiführen sollten. Diese Konferenz sollte ihrerseits auf 3 Monate beschränkt bleiben, so dass also insgesamt ein halbes Jahr zur Verfügung stand, um dieses Ziel zu erreichen, das sich viele Südkoreaner als die Wiedervereinigung ihres Landes nach ihren Wünschen vorstellten. Inzwischen sind nun zwei Jahre vergangen, ohne dass dieses Ergebnis erreicht wurde. Darauf spielt ja auch die Erklärung der Regierung von Süd-Korea an.

Aber was immer zu der jetzigen Entwicklung geführt hat, wie die Schuld verteilt sein mag und welche Feststellungen einmal, etwa durch Syngman Rhee, für den Fall getroffen wurden, dass es nicht innerhalb der vorgesehenen Frist zu einer friedlichen Endregelung kommen werde - die Regierung in Washington sollte sich die Linie ihrer Politik nicht von anderer Seite vorschreiben lassen. Diese Politik weist seit einiger Zeit eine spürbare Wandlung und ein größeres Verständnis für das Prinzip der Koexistenz auf. Die Tatsache, dass diese Linie offenbar den fernöstlichen Satelliten der Vereinigten Staaten nicht passt, darf kein Grund sein, sie zu verlassen. Die Gefahren, die sich daraus ergäben, wären nicht abzusehen.

Das Schicksal der Teilung eines Landes ist gewiss schwer und gerade in Deutschland hat man dafür nicht nur ein platonisches Verständnis, wie in den meisten anderen Ländern, in denen viel und nicht immer gern davon gesprochen wird. Aber der Weg, diesen Zustand zu überwinden, der hier von der Regierung Südkoreas für richtig befunden wird, ist keinesfalls gangbar. Es wäre zu begrüßen, wenn Washington das schnell und eindeutig feststellen würde. Es sollte sich dabei nicht nur an die Adresse Syngman Rhees, sondern auch an die Tschiang Kai-scheks wenden.

Nach den ersten freiheitlichen Worten

Im Sender Freies Berlin sprach am 1. August das Mitglied des Vorstandes der SPD, Fr. H e i n o, über die Situation an der Saar. Es folgt der Wortlaut seines Vortrages.

Die drei deutschen Oppositionsparteien an der Saar - die Demokraten, die CDU und die deutschen Sozialdemokraten - sind in der vergangenen Woche zum ersten Mal legal im Saargebiet in Erscheinung getreten.

Sie haben Gründungskongresse durchgeführt, Sie haben Massenveranstaltungen abgehalten. Sie haben ihre Ziele mit Zeitungen, Plakaten und Flugblättern den Deutschen an der Saar bekanntgegeben.

Es sind die ersten freiheitlichen Worte, die seit vielen Jahren im Saargebiet gesprochen und gedruckt werden dürfen. Sie dürfen jetzt gesagt und geschrieben werden, weil man der Volksabstimmung über das Saarstatut einen halbwegs demokratischen Mantel umhängen will.

Auf dem Gründungsparteitag der deutschen Sozialdemokraten im Saargebiet haben prominente Vertreter der SPD in der Bundesrepublik unter Führung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wilhelm Mellies als Gäste gesprochen.

Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik haben über diese und die anderen Veranstaltungen ausführlich berichtet und sie haben selbstverständlich in Kommentaren dazu auch Stellung genommen.

Diese ersten Freiheitsregungen fallen den augenblicklichen Herrschern an der Saar und ihren politischen Hilfstruppen auf die Nerven. Eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich SPS (Sozialdemokratische Partei Saar) nennt und seit Jahren separatistische Handlangerdienste betreibt, hat gegen den - wie sie sagt - "Missbrauch der Pressefreiheit durch deutsche Zeitungen und die Einmischung deutscher Parteien" Protest bei der europäischen Kontrollkommission eingelegt.

Dieser dreiste Versuch, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, zwingt uns denn doch dazu, einmal ein paar Wahrheiten über die Zustände im Saargebiet hart und deutlich auszusprechen.

Dabei auch ein Wort über diese SPS-Gruppe, die sich unserer Meinung nach zu Unrecht als "sozialdemokratisch" bezeichnet.

Die Führer dieser Gruppe sind - nächst dem Saarministerpräsidenten und dessen Partei - die Hauptschuldigen daran, dass das Saargebiet bis jetzt weniger politische Freiheiten gehabt hat, als die Mehrzahl der Negerstämme Afrikas, die noch unter Kolonialherrschaft stehen.

Seit Jahren gab es keine Pressefreiheit an der Saar. Deutsche Zeitungen sind benachteiligt und beschlagnahmt worden. Die Presse der Opposition wurde polizeilich verfolgt.

Ihre Verbreiter wurden gejagt und die bisher erschienenen Saarzeitungen waren und sind gleichgeschaltet. Andersdenkende Redakteure wurden an die Luft gesetzt.

Seit Jahren gab es keine politische Freiheit an der Saar. Die deutschen Sozialdemokraten (und ähnlich so die beiden anderen deutschen Parteien) haben vor vielen Monaten ihre Zulassung beantragt. Diese Anträge sind sabotiert worden.

Die Führer der deutschen Sozialdemokraten im Saargebiet wurden verleumdet, schikaniert und politisch verfolgt. Ihre Anhänger wurden zu Dutzenden verhaftet und bestraft, wenn sie Flugblätter verteilten, in denen sie sich zu Deutschland bekamen.

Sehr lang ist die Liste der Unterdrückungsmaßnahmen im Saargebiet gegen diejenigen, die diesen Teil Deutschlands wieder dorthin haben wollen, wo er hingehört: Zu Deutschland. Und die mit uns der Meinung sind, dass der politische und wirtschaftliche Terror, der von den Saar-Separatisten ausgeübt wurde (und noch weiter versucht wird) schlichtweg eine Schande für die Freiheitliche Welt ist.

Eine Schande, die zugleich den sowjetzonalen Machthabern in Pankow Vorwände für ihr Diktatur-Regime liefert.

Freiheit existiert nur da, wo auch der Andersdenkende seine Meinung sagen kann. Es gibt auch jetzt noch keine volle Freiheit im Saargebiet.

Die Zeit vor, und vor allem aber auch die Zeit nach der Volksabstimmung im Oktober dieses Jahres wird zeigen, ob die jetzt endlich zugelassenen deutschen Parteien an der Saar ihre volle politische Freiheit erhalten und behalten werden.

Das "Haltet-den-Dick"-Geschrei der Saar-Separatisten ist für sie kein gutes Vorzeichen.

Es zeigt, dass sie das freie Wort und die Freiheit fürchten.

* * *

Gruenthers amerikanischer Standpunkt

Man schreibt uns:

Adelbert Weinstein, der Militärpolitiker der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", hat kürzlich ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Gruenther, gehabt. Weinstein hat Gruenther eine Reihe von Fragen vorgelegt. Er hat die Antworten Gruenthers so verstanden, dass der General an die Politik der Stärke glaube. Ein starkes und wiederbewaffnetes ^{West-}Deutschland werde auf die Sowjetzone Anziehungskraft ausüben. Im übrigen hätten die Sowjets, so sagte Gruenther, in Genf gezeigt, dass sie an einer Wiedervereinigung nicht interessiert seien.

Diese Behauptung, in so kategorischer und ungebührlich vereinfachender Form vorgetragen, ist ein Teil jener Zweckpropaganda, die auf eine nur oberflächliche Beurteilung der Genfer Ereignisse spekuliert. Man sucht diese These mit dem Hinweis zu stützen, dass die Westmächte die Wiedervereinigung als ersten Tagesordnungspunkt vor-

geschlagen hätten, während die Sowjets zunächst über das Sicherheitssystem, dann über die Abrüstung und allgemeine West-Ostkontakte, schließlich zuletzt über die deutsche Frage hätten sprechen wollen. Also, wird scheinergefolgert, seien die Sowjets an der Wiedervereinigung weniger interessiert als der Westen, oder, wie andere sagen, überhaupt nicht.

Man übersieht dabei den logischen Zusammenhang, der sich hinter den verschiedenen Tagesordnungsvorschlägen verbirgt. Die Westmächte wissen, dass ein künftiges Gesamtdeutschland sich zum Atlantikpakt hingezogen fühlen würde, wenn es darüber entscheiden könnte. Also fordern sie die Entscheidungsfreiheit für die gesamtdeutsche Regierung. Das kommt ihrer Absicht entgegen, entweder ganz Deutschland in den Atlantikpakt einzugliedern oder aber wenigstens die Bundesrepublik als Vorfeld zu behalten.

Diese Absicht haben die Sowjets unschwer erkannt. Sie wollen, dass erst über die außenpolitischen Bindungen Gesamtdeutschlands gesprochen werde. Sie wollen, mit anderen Worten, ehe sie über die Wiedervereinigung verhandeln, die Garantie haben, dass nicht sie allein es sind, die bei dem Geschäft draufzahlen.

So ist der Streit über den Vorrang der Probleme, der seit Berlin andauert und der auch in Genf nicht beigelegt werden konnte, bereits der Streit um die Sache selbst. Wenn sich aber die Parteien über die Sache selbst ernsthaft auseinandersetzen, kann niemand behaupten, eine der Parteien sei desinteressiert.

Gruenther sollte die Haltung seiner eigenen Regierung überdenken. Niemals kann eine Wiedervereinigung in Frieden zustande kommen, wenn Amerika - im Gegensatz offenbar zu den Engländern - darauf besteht, dass auch die Sowjetzone Tummelplatz westlicher Soldaten wird. Und so kann nur allzu leicht der Eindruck entstehen, als versuchten die Amerikaner nur, ihr geringes Interesse an der Wiedervereinigung hinter ihrer wie sie wissen, für Moskau unannehmbaren Forderung nach der Entscheidungsfreiheit für Gesamtdeutschland zu verstecken.

General Gruenther hat den wichtigsten militärischen Platz des Atlantikblocks inne, seine begreifliche Sorge ist die Sicherheit seines Landes. Nach dem Besuch bei Gruenther schreibt Weinstein: "Unsere Skepsis, dass seine militärische Organisation dabei helfen könnte, bald unsere Spaltung zu überwinden und uns vor atomaren Zerstörungen zu bewahren, ist geblieben". Das ist eine höfliche Umschreibung für die Feststellung, dass diese seine militärische Organisation unsere Spaltung konserviert.

Tiefschlag statt Entgegnung

sp - Die Bemühungen des Deutschen Roten Kreuzes um die Freilassung deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion scheinen jetzt endlich erste Erfolge zu zeitigen. Zumindesten sind die Mitteilungen des offiziellen Organs des DRK-Suchdienstes über positive sowjetische Reaktionen auf entsprechende Anfragen ein hoffnungsvoller Anfang. Das ist aufs Wärmste zu begrüßen.

Von sozialdemokratischer Seite war in diesen Tagen gesagt worden, die Bundesregierung habe die Anstrengungen des DRK in der Vergangenheit nicht genügend nachdrücklich unterstützt. Die Bundesregierung hat sich gegen diesen Vorwurf mit einigen ziemlich allgemein gehaltenen Feststellungen verwahrt. Das steht ihr durchaus zu, wenn sie glaubt, zuunrecht angegriffen worden zu sein, obwohl sie zugeben muß, dass konkrete Mitteilungen über Art und Umfang ihres Beitrages in dieser Angelegenheit bisher der Öffentlichkeit vorenthalten worden sind.

Sie hat nun aber ihrerseits durch einen Sprecher den Vorwurf erhoben, die SPD habe mit ihren Bemerkungen "eine Frage von rein humanitärer Bedeutung offenbar benutzt, um parteipolitisches Kapital daraus zu schlagen."

Die SPD lehnt diese Verunglimpfung ihrer Motive auf das Entschiedenste ab. Es widerspricht jeder demokratischen Gepflogenheit, kritische Einwände der Opposition gegen die Behandlung dieses oder irgendeines anderen ernsten Problems durch Regierungsstellen einfach als parteipolitisches Manöver mit rein egoistischer Absicht abtun zu wollen. Mit dieser Methode lehnt man im Grunde die Berechtigung der oppositionellen Funktion, die in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein sollte, schlacht hin ab. Wenn man aber schon von dieser inneren Einstellung ausgeht, sollte man wenigstens vermeiden, ihr nach aussen hin so unverblümt Ausdruck zu geben, wie es hier geschehen ist. Das wirft nur auf diejenigen, die so verfahren, ein ungünstiges Licht.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau